

KASSENÄRZTLICHE BUNDESVEREINIGUNG

Mitteilungen

Der Bewertungsausschuss gemäß § 87 Absatz 1 Satz 1 SGB V hat aufgrund der aktuellen Entwicklungen der regionalen Ausbreitung der Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 in seiner 472. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) einen zweiseitigen Beschluss zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM) mit Wirkung zum 28. Februar 2020 sowie zur Vorbereitung der Empfehlung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs nach § 87a Abs. 5 Satz 1 SGB V für das Jahr 2020 mit Wirkung zum 1. Februar 2020 gefasst.

Die entscheidungserheblichen Gründe zu diesem Beschluss sind auf der Internetseite des Instituts des Bewertungsausschusses unter <https://institut-ba.de> veröffentlicht.

Bekanntmachungen

Beschluss des Bewertungsausschusses

nach § 87 Abs. 1 Satz 1 SGB V
in seiner 472. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung)

Teil A

zur Änderung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM)
mit Wirkung zum 28. Februar 2020

Änderung der Gebührenordnungsposition 32816 im Abschnitt 32.3.12 EBM

32816 Nukleinsäurenachweis des **neuartigen beta-Coronavirus SARS-CoV-2 (2019-nCoV)** mittels RT-PCR einschließlich eines Bestätigungstestes bei Reaktivität im Suchtest (Befundmitteilung innerhalb von 24 Stunden nach Materialeinsendung)
Obligatorer Leistungsinhalt

- Untersuchung von Material der oberen Atemwege (**Oropharynx-Abstrich und/oder Nasopharynx-Abstrich** (-Spülung oder -Aspirat) **und/oder Oropharynx-Abstrich**),

oder

Fakultativer Leistungsinhalt

- Untersuchung von Material der tiefen Atemwege (Bronchoalveoläre Lavage, Sputum (nach Anweisung produziert bzw. induziert) und/oder Trachealsekret),

je Material, bis zu zweimal einmal am Behandlungstag 59,00 €

Die Gebührenordnungsposition 32816 ist nur von Fachärzten für Laboratoriumsmedizin oder für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie berechnungsfähig.

Die Gebührenordnungsposition 32816 kann nur für die vom RKI definierten Risikogruppen

erbracht und berechnet werden. Die Falldefinition des RKI ist zu beachten.

Die Untersuchungsindikation sollte unter Berücksichtigung der Kriterien des RKI nach ärztlichem Ermessen gestellt werden.

Teil B

zur Vorbereitung der Empfehlung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs nach § 87a Abs. 5 Satz 1 SGB V für das Jahr 2020

mit Wirkung zum 1. Februar 2020

Alle ärztlichen Leistungen, die seit dem 1. Februar 2020 aufgrund des klinischen Verdachts auf eine Infektion mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) oder einer nachgewiesenen Infektion mit dem Coronavirus (SARS-CoV-2) erforderlich werden und mit der Ziffer 88240 gemäß Beschlussteil B des Beschlusses des Bewertungsausschusses zur Änderung des EBM aus seiner 468. Sitzung (schriftliche Beschlussfassung) im Rahmen der Abrechnung gesondert gekennzeichnet sind, gelten gemäß Beschluss des Bewertungsausschusses zur Vorbereitung der Empfehlung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs nach § 87a Abs. 5 Satz 1 SGB V für das Jahr 2020 aus seiner 441. Sitzung vom 14. August 2019 ohne weitere Feststellung als nicht vorhersehbarer Anstieg des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs. Sie werden gemäß Nr. 3.2 des Beschlusses des Bewertungsausschusses zur Vorbereitung der Empfehlung des Umfangs des nicht vorhersehbaren Anstiegs des morbiditätsbedingten Behandlungsbedarfs nach § 87a Abs. 5 Satz 1 SGB V für das Jahr 2020 aus seiner 441. Sitzung vom 14. August 2019 zeitnah durch die Krankenkassen mit den Preisen der gültigen Euro-Gebührenordnung vergütet.

Hinweis:

Gemäß § 87 Absatz 6 Satz 2 SGB V kann das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) innerhalb von zwei Monaten den Beschluss beanstanden.

BUNDESÄRZTEKAMMER

Bekanntmachungen

Stellungnahme

der Zentralen Kommission zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Medizin und ihren Grenzgebieten (Zentrale Ethikkommission) bei der Bundesärztekammer

„Außerklinische Ethikberatung“

Die Zentrale Ethikkommission hat die Stellungnahme „Außerklinische Ethikberatung“ am 22.11.2019 beschlossen. Die Stellungnahme (DOI: 10.3238/baek_sn_aeb_2019) ist auf der Internetseite der Zentralen Ethikkommission abrufbar:

<https://www.zentrale-ethikkommission.de/ausserklinische-ethikberatung2019>